

K a n n

die Linke der deutschen National-  
Versammlung

für

Beibehaltung oder gar für Erhöhung von  
Schutzzöllen stimmen?

---

Ein ernstes Wort zur Beherzigung

von

N. D. W.

---

II II II II

lanarische nachstehende der einig sind  
grundmännliche

von grundstücken mit der sehr grundstücken  
grundstücken



grundstücken der trockene der sind

II II II II



Kann die Linke der deutschen National-Versammlung  
für Beibehaltung oder gar für Erhöhung von Schutz-  
zöllen stimmen?

Es ist schon oft die Behauptung ausgesprochen worden: die Linke repräsentire die Parthei der Zukunft. Wir stimmen dem vollkommen bei. Um so unbegreiflicher ist es uns, unter den Mitgliebern der Linken des Frankfurter Parlaments die entschiedensten Schutzzöllner zu finden. Unserer Ansicht nach liegt ein offener Widerspruch darin, wenn Jemand, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, zunächst für das Wohl des Volks zu streben, dem System der Schutzzölle das Wort redet. Wir halten letzteres, das Schutzzollsystem, mit Ersterem, dem Volkswohl, durchaus unvereinbar — wenigstens der Regel nach, Ausnahmen können nicht zählen — und diese unsere Ansicht zu begründen und derselben in möglichst weiten Kreisen Geltung zu verschaffen, ist der Zweck nachstehender Zeilen.

Zum besseren Verständniß derselben dürfte es nicht überflüssig seyn, vorauszuschicken, daß wir unserer bürgerlichen Stellung nach den Standpunkt eines norddeutschen, bis jetzt keinerlei Zollschutzes genießenden Fabrikanten einnehmen, und in politischer Beziehung entschieden den Liberalen, der Volksparthei, angehören. Ebenso wird es nöthig seyn, daß wir unsere Art der Anschauung der Begebenheiten im Großen und Ganzen in Kürze andeuten.

Ein Jeder, welcher den Ereignissen der letzten zehn bis zwanzig Jahre auch nur mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt war, mußte längst schon zu der Ueberzeugung gekommen seyn, daß der nach und nach in fast allen Ländern Europa's eingetretene Zustand ein so unbeglücklicher, beängstigender und unhaltbarer geworden sey, daß er unmöglich noch von langer Dauer seyn konnte. Dreißig der gesegnetsten Friedensjahre, wie die Geschichte Europas kaum ähnliche aufzuweisen



haben dürfte, hatten allerdings dazu gebient, Künste und Gewerbe zu befördern, und hochwichtige Erfindungen, namentlich im Gebiete der Mechanik, hervorzurufen und zur Anwendung kommen zu lassen. Sie waren aber so wenig in Deutschland dazu benützt worden, den Völkern die ihnen schon zur Zeit der Befreiung von der französischen Herrschaft zugesicherten politischen Rechte zu gewähren, als in wie außer Deutschland den materiellen Zustand der unteren Volksklassen zu verbessern. Der letztere war vielmehr, theilweise eben mit in Folge der Anwendung der oben ange deuteten Erfindungen, die zunächst nur den Begüterten zu Nutzen kamen, an vielen Orten, besonders unter der Fabrikbevölkerung, ein, weil gänzlich ungesicherter, durchaus unheimlicher geworden. Die Gesetzgebungen versäumten, den veränderten Zuständen bei Zeiten ein gerechtes Steuersystem anzupassen, und es entstand, als unausbleibliche Folge solcher Versäumnis — das Proletariat, welches, zuerst aus der Fabrik- und Manufactur-Industrie hervorgegangen, sich leider bald auch und in zunehmender Progression aus den Reihen des früher vorzugsweise den glücklichen Mittelstand bildenden Handwerkerstandes vermehrte, so wie nach und nach auch in manchen Gewerken ein fabrikmäßiger Betrieb die Oberhand gewann.

Die Einführung der Dampfschiffe und der Eisenbahnen, die Anlage großartiger, vielfach nur auf Privilegien und Schutzzölle, anstatt auf das natürliche Bedürfnis begründeter Fabrikunternehmungen, hatten nicht allein die Verivendung großer bis dahin anderweitig benützt gewesener Capitalien erfordert, sondern auch viele Tausende, Schiffer, Fuhrleute, Wirths und die von denselben und durch sie beschäftigt gewesenen kleinen Handwerker und sonstigen Arbeiter, ihres bis dahin guten, sicheren Erwerbes beraubt. Verhältnismäßig nur sehr Wenige von diesen konnten an dem Nutzen, der aus jenen Einrichtungen und Unternehmungen für das Allgemeine oder für Einzelne entsprang, directen, unmittelbaren Antheil nehmen; dagegen wurde es Vielen von ihnen schwer, Manchen unmöglich, sich neue Erwerbsquellen zu eröffnen, und die nothwendige Folge war, daß das Proletariat bald auch aus ihren Reihen in nicht unbeträchtlicher Weise Zuwachs erhielt.

Längst schon, und mit der fortgeschrittenen, allgemeiner gewordenen Bildung und Aufklärung immer lebhafter, immer schroffer, war hervorgetreten und trat immer aufs Neue wieder hervor, der Kampf



gegen Vorrechte und Privilegien einzelner Stände und Klassen sowohl, als trotz aller Unterdrückung von Oben, für größere politische Berechtigung und freiere religiöse Entwicklung aller Staatsangehörigen. Dabei waren die Finanzen der meisten Länder und Staaten Europa's dermaßen zerrüttet, daß in vielen derselben nur durch immer neue, unter immer drückenderen Bedingungen abgeschlossene Anleihen, den dringendsten augenblicklichen Bedürfnissen abgeholfen werden konnte, was unausbleiblich zur Folge haben mußte, daß die Anhäufung des Kapitals in den Händen Einzelner und die Verarmung der Massen in gleicher Weise zunahm; ein Resultat, was um so weniger befremden konnte, als der Herbeiführung desselben, durch Befolgung **des ungerechten Systems der indirekten Besteuerung**, vermittelt Verbrauchssteuern auf die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse und Einführung von Schutzzöllen, längst schon Vorschub geleistet worden war.

Alle diese Umstände zusammen genommen, mußten, wir wiederholen es, unserer Meinung nach einen Jeden, der den Begebenheiten der letzten Jahrzehnte auch nur mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt war, längst darüber belehrt haben, daß die Zustände, so wie sie zu Anfang dieses Jahres waren, unmöglich noch von langer Dauer seyn konnten.

Wenigstens konnte der Eintritt so welterschütternder Ereignisse, als wir sie seit Ende Februar d. J. erlebten, es konnte der Ausbruch der Revolution in Frankreich und in Deutschland allen Denen nicht ganz unerwartet kommen, die sich ein ungetrübtes Auge, offenes Ohr und warmfühlendes Herz für das Wohl und Wehe des Volks zu bewahren gewußt und in weiteren Kreisen, sey es durch Belehrung oder aus eigener Anschauung, mit der Lage desselben näher vertraut zu werden Gelegenheit gehabt hatten. Sollten wir uns irren, wenn wir zu diesen vorzugsweise diejenigen Männer rechnen zu dürfen glauben, die es sich in der National-Versammlung zunächst zur Aufgabe gestellt haben, die Interessen des Volks zu vertreten? Wir fürchten das keineswegs, wenden uns vielmehr um so vertrauensvoller an dieselben, die Männer der Linken, als wir uns bewußt sind, ein Recht zu haben, ihre Sympathien für die von uns vertretenen Ansichten über Zoll- und Steuerfragen in Anspruch zu nehmen.



Daß die Ursachen der Bewegung, in Deutschland wie in Frankreich, hauptsächlich socialer Natur sind, glauben wir als ausgemachte Thatsache nicht weiter begründen zu dürfen. Ebenso besürchten wir keinen Widerspruch, am wenigsten von den Männern, an welche wir uns zunächst wenden, wenn wir behaupten, daß, ohne eine wesentliche und nachhaltige Verbesserung der materiellen Zustände der unteren Volksklassen, eine dauernde Beruhigung der aufgeregten Gemüther unmöglich seyn wird. Die Mittel, eine solche Verbesserung herbeizuführen, dürfen nicht bloß erstrebt und gefunden, sie müssen auch wirklich angewendet werden. Wir kennen deren nur zwei, und zwar sehr einfache und naheliegende. Das erste ist: die Einführung einer gerechten Besteuerung; das zweite: eine unter Oberaufsicht des Staates auf Gegenseitigkeit begründete Selbsthülfe der Arbeiter, durch regelmäßige Einzahlung eines wöchentlichen oder jährlichen, verhältnißmäßig geringen Beitrages, in Kassen, die von dazu erwählten Brodherren und Arbeitern gemeinsam verwaltet werden, und dem Arbeiter in Krankheits- und Sterbefällen, bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit und im Alter, Unterstützung gewähren. Wir beschränken uns darauf, letzteres Mittel nur angedeutet zu haben; eine ausführliche Begründung desselben würde uns hier zu weit führen.

Dagegen wollen wir uns erlauben, die Wichtigkeit des ersten: Einführung einer gerechten Besteuerung, und die unabwiesliche Nothwendigkeit der Anwendung desselben mit, wie wir glauben, triftigen Gründen zu belegen.

Das bisher befolgte und noch jetzt in Kraft befindliche System der indirekten Besteuerung ist, wir wiederholen es, ein durchaus ungerechtes. Wir mindestens sehen schon eine Unbilligkeit darin, wenn dem Armen seine nothwendigsten Lebensbedürfnisse durch Zölle und Steuern in gleicher Weise vertheuert werden, als dem Wohlhabenden und Reichen. Diese scheinbare Gleichmäßigkeit wird aber zur schreienden Ungerechtigkeit dadurch, daß fast eine jede indirekte Steuer den Armen, im Vergleich zum Reichen, doppelt und dreifach trifft, und zwar aus dem Grunde, weil, da Zölle und Steuern nicht nach dem Werthe, sondern nach dem Gewichte erhoben werden, der Arme für die geringste Qualität legend eines von ihm consumirt werdenenden Gegenstandes eben so viel dem



Staate zahlt, als der Reiche für die feinste Qualität desselben Gegenstandes — ein Unterschied zum Nachtheile des Armen, der häufig 50 bis 100 % und darüber beträgt — und weil ferner der Erstere gegen Letzteren auch dadurch im Vortheil ist, daß er bei seinen größeren Einkäufen schweres Gewicht bekommt, während der Andere, bei seinen Einkäufen im Kleinen, mit leichtem Gewicht vorlieb nehmen muß; wieder ein Unterschied zum Nachtheile des Armen, der an manchen Orten auch 10 bis 15 % und darüber betragen mag. Ganz das nämliche Verhältniß zum Nachtheile des Armen, wie bei Colonial- und Gewürzen, findet auch bei fremden Manufacturwaaren, wenn er deren bedarf, statt. Er muß nicht etwa eben so viel als der Reiche an Steuer dafür zahlen, sondern oft doppelt und dreifach so viel, und zwar eben auch der Gewichtbesteuerung wegen, weil die billigen und großen Artikel ja doch in der Regel viel schwerer wiegen, als die theureren und feinen.

Es ist uns häufig, wenn wir die dringende Nothwendigkeit der Einführung einer gerechten Besteuerung, mit Rücksicht auf die unteren Volksklassen, hervorgehoben — und keineswegs eben nur von Nichturtheilsfähigen oder gar Böswilligen — mit der größten Unbefangenheit entgegen worden: „der sogenannte kleine Mann bezahle ja gar keine Steuern, und was die Schutzzölle angehe, so werde er davon um so weniger betroffen, als er ja nur inländische Fabrikate verbrauche.“ Das ist aber eben das Schlimme, daß bis jetzt noch so Wenige sich die Mühe gegeben haben, sich auch nur einigermaßen mit der Sache bekannt zu machen! Wäre ein Jeder von der Schädlichkeit und Ungerechtigkeit der bisherigen Besteuerungsart, und von der darin liegenden Gefahr für die Zukunft der ganzen menschlichen Gesellschaft, eben so durchdrungen als wir es sind, es gäbe längst weder hohe indirecte Steuern, noch Schutzzölle mehr.

Als wenn der Arme, wenigstens der in Städten wohnende, nicht eben sowohl als der Wohlhabende und Reiche, für jeden Bissen, den er in den Mund steckt, durch Salz-, Schlacht-, Mahl-, Brenn-, Brau- und wer weiß was sonst noch alles für Steuern, längst im Voraus besteuert wäre! Als wenn er ferner nicht dadurch, daß er der hohen Schutzzölle wegen verhindert ist, sich besserer und billigerer fremder Artikel zu bedienen, beim inländischen Fabrikanten tributär wäre! Im



Mecklenburgischen z. B. bedienen sich die unteren Volksklassen vorzugsweise der schweren englischen Baumwollentoffe zur Bekleidung, weil deren Billigkeit und Haltbarkeit sich dort längst als zweckmäßig und vortheilhaft herausgestellt hat. — Warum geschieht ein Gleiches nicht in den Ländern des Zollvereins? Weil die Einfuhr jener Stoffe, der prohibitiirend wirkenden hohen Schutzölle wegen, unmöglich ist und die inländischen Fabrikanten es noch nicht in ihrem Interesse gefunden haben, eine gleich gute und billige Waare zu liefern.

Ist es nicht, als wenn es geradezu auf Demoralisation der unteren Volksklassen abgesehen wäre, wenn man sie dadurch, daß man sie durch indirekte Steuern in ungerechter Weise belastet, in vielen Fällen geradezu zwingt, sich an öffentliche Wohlthätigkeits-Anstalten um Almosen wenden zu müssen? Ist es nicht ganz unverantwortlich, ja ist es nicht geradezu ein ganz abnormer Zustand, daß der Staat dem gänzlich Armen durch indirekte Steuern häufig viel mehr abnimmt, als er ihm nothgedrungen, als Almosen, zu seiner Existenz wieder geben muß? Wir sprechen aus eigener langjähriger Erfahrung und könnten aus dem uns naheliegenden Kreise hunderte, ja tausende von Beispielen dieser Art mit Namen anführen. — Wer aber einmal so weit gesunken ist, daß er sich, außer etwa in Krankheitsfällen oder bei sonstigen ganz außergewöhnlichen Veranlassungen, vom Staate Almosen geben lassen muß, der ist in der Regel für die menschliche Gesellschaft verloren; das werden uns gewiß Alle, die Gelegenheit gehabt haben sich im Armenwesen umzusehen, bezeugen müssen.

Weg daher mit dem bisher befolgten Steuer- und Schutzoll-System! Wer es wahrhaft gut mit dem Volke meint, wenn die baldige Rückkehr eines gesicherten Zustandes dauernder Befriedigung am Herzen liegt, und wenn es mit Herbeiführung einer besseren Zukunft Ernst ist, der strebe aus allen Kräften für Einführung einer gerechten Besteuerung!

Die wird aber eine Unmöglichkeit bleiben, so lange es noch Schutzölle gibt!

Was immer man auch für Beibehaltung oder gar Erhöhung von Schutzöllen anführen mag, alle schönen Redensarten von dadurch zu erzielender Hebung des inländischen Gewerbfleißes, Schutz der nationalen Arbeit u. s. w. sind eben nur schöne Redensarten und nichts



weniger als stichhaltig, sobald man nur den einseitigen Standpunkt der Schutzzöllner verläßt und sich auf den „der Gerechtigkeit und Billigkeit für Alle“ stellt. — Eine jede Industrie, die nicht in naturgemäßem Boden wurzelt, die nicht die scharfe Zugluft der Concurrenz vertragen kann, wird durch künstliche Mittel, als Privilegien und Schutzzölle, wohl zeitweilig zur Bereicherung einzelner Unternehmer, nie aber auf die Dauer zum Wohl des Landes dienen können. Sie wird früher oder später wieder eingehen müssen und dem Staate, also der Gesammtheit, werden alsdann die broblos gewordenen, ihrer früheren natürlichen Arbeit durch zeitweilige unnatürliche Beschäftigung entrückten, Arbeiter zur Last fallen.

Eine jede auf hohe Schutzzölle basirte Industrie ferner, ist und bleibt immer eine sehr unsichere. — Außerdem daß sie mit den ungeschützten ähnlichen Industrien fremder Länder die nämlichen allgemeinen Gefahren zu theilen hat, welche in dem Schwanken der Preise für Rohstoffe, der Wandelbarkeit des Bedürfnisses oder Geschmacks der ihre Erzeugnisse consumirenden Abnehmer u. s. w. liegen; ist sie fortwährend der begründeten Befürchtung ausgesetzt, daß durch irgend einen zufälligen Umstand, wie eine Aenderung in der öffentlichen Meinung oder in den Ansichten der Regierung, vielleicht nur eines Ministers oder einflußreichen Ministerialbeamten, ihr mit dem Boden, auf dem sie fußt, dem Schutzzolle, zugleich die Lebensfähigkeit entzogen werden kann. — Diese Befürchtung wird allein schon nothwendig der gesunden freien Entwicklung, welcher sie sonst vielleicht fähig seyn möchte, hinderlich werden müssen, indem sie den Unternehmer zwingt, vor Allem nur seinen augenblicklichen Vortheil im Auge zu behalten, während er es sonst gewiß in seinem Interesse finden würde, vorzugsweise mit auf die Zukunft sein Augenmerk zu richten.

Niemand kann mehr als wir davon durchdrungen seyn, daß die „Förderung des vaterländischen Gewerbflusses“ ein Gegenstand von höchster Wichtigkeit und der größten Opfer werth ist. — Es handelt sich nur darum, durch welche Mittel eine solche Förderung erzielt werden soll. — Wir unsererseits würden freudigst beistimmen, wenn die Rede davon wäre, daß Opfer gebracht werden müßten, um zur Förderung des obigen Zwecks beizutragen, einerseits: durch sorgfältige Ueberwachung der Erziehung in den unteren Volks-



Klassen, durch besseren Unterricht in Volksschulen, durch Einrichtung von Gewerbeschulen und politechnischen Lehranstalten, durch einzelnen aufkeimenden Talenten, etwa zu ihrer weiteren Ausbildung auf Reisen zu gewährende Unterstützung u. s. w., — andererseits: durch Begründung der oben von uns angedeuteten Arbeiterkassen, durch zweckmäßig eingerichtete Creditanstalten und was mehr dahin gehört.

Man muthe uns aber nicht zu, die Mittel zur Förderung des Gewerbefleißes in Schutzzöllen und denen ähnlichen Maßregeln finden zu sollen, die, unserer festen Ueberzeugung nach, nur geeignet sind, eine künstliche, nie aber eine lebenskräftige Industrie hervorzurufen, durch welche nur das Gegentheil von dem, was man erzielen will, bezweckt werden kann.

Es gibt keinen Geschäftsbetrieb, der zu seinem gedeihlichen Bestehen und seiner fortschreitenden Vervollkommenung mehr eines fortwährenden Spornes bedarf, als eben die Fabrik- und Manufaktur-Industrie. — Weil aber die deutsche Industrie, eben der hohen Schutzzölle wegen, eines solchen unumgänglich notwendigen Spornes entbehrt hat, ist sie in manchen Zweigen hinter den Anforderungen der Zeit und der Möglichkeit dessen, was zu erreichen sie sehr wohl im Stande gewesen seyn würde, zurückgeblieben. Um das verlorene Terrain wieder zu gewinnen, erhebt sie nun ihre Stimme für Erhöhung von Schutzzöllen, während im Gegentheil eine Herabsetzung oder gar gänzliche Aufhebung derselben in vielen Fällen das **einzige** Mittel seyn dürfte, sie zu zwingen die nöthigen Anstrengungen zu machen, um der Concurrenz die Stirne bieten, oder den erhöhten Anforderungen der Consumenten genügen zu können.

Um nichts anders steht es mit der Berechtigung für die so laut erhobene und in neuester Zeit ganz besonders in den Vordergrund gestellte Forderung nach „Schutz der nationalen Arbeit.“ Wollte man der Fabrik- und Manufaktur-Industrie eine solche Berechtigung zugestehen, so müßte man es billiger Weise doch auch allen andern Geschäftszweigen; denn Arbeiter sind wir Alle, gleichviel ob wir am Webstuhl oder hinter'm Pfluge, mit dem Kopf oder der Feder arbeiten. Ein Jeder würde eine solche Berechtigung für sich beanspruchen,



und sowohl der Landmann wie der Handeltreibende, der Schriftsteller wie der Künstler, sie Alle würden Schutz für ihre Arbeit fordern können. — Die consequente Durchführung eines solchen Systems würde aber nur zur Folge haben können, daß der jeder einzelnen Beschäftigung gewährte Schutz, wenn gerecht vertheilt, sich gegenseitig aufhöbe und alsdann wieder der nämliche Zustand hergestellt wäre, als wenn, wie es nach Recht und Billigkeit seyn sollte, keine Art von Arbeit irgend einer besonderen Bevorzugung genösse.

Man würde sicher längst dahin gekommen seyn, die Schutzollfrage von obigem Gesichtspunkte aus zu betrachten, wenn eine noch sehr allgemein verbreitete irrige Ansicht dem nicht hinderlich gewesen wäre. — Es ist das nämlich die, daß man durch Schutzölle vorzugsweise das Ausland zu treffen glaubt, indem man denselben dadurch die Mitbewerbung auf den inländischen Markt erschwert, während es doch zunächst eben nur der einheimische Käufer ist, auf dem der Schutzoll lastet, dadurch, daß er gezwungen wird, seine Bedürfnisse höher zu bezahlen, als er sie sich bei freier Einfuhr würde verschaffen können. — Wir verweisen in dieser Beziehung auf oben bereits Gesagtes.

Daß der Schutzoll nicht sowohl der Arbeit als zunächst nur dem Capital, und zwar speciell dem in Industrieunternehmungen angelegten Capital, zu Nuzen kommt, den so laut hervorgehobenen Zweck, zur Sicherstellung des Looses der arbeitenden Classen zu dienen, nicht erfüllt, und bei anhaltender Geschäftsstille nicht erfüllen kann, wird einem Jeden klar werden müssen, wenn er sich nur des so nahe liegenden, traurigen Beispiels, welches Schlessen in dieser Beziehung leider vor zwei Jahren darbot, erinnert. — Was halfen damals den armen schlessischen Webern die hohen Schutzölle? und was würden sie ihnen geholfen haben, wenn man sie auch um das Doppelte erhöht hätte? leider Nichts!

Es möge uns erlaubt seyn, aus einer uns kürzlich zur Einsicht gekommenen, dieser Tage veröffentlicht werdenden Schrift nachfolgende treffende Bemerkungen einzuschalten.

„Das Schutzollsystem hat, um es kurz zusammen zu fassen, folgende hauptsächlichste Nachtheile: es vermindert im Ganzen die productive Arbeitsbeschäftigung, bewirkt eine unbillige Besteuerung



„der Gesammtbevölkerung zu Gunsten Weniger; es hindert ferner  
„durch Ausschließung der auswärtigen Concurrenz die Vervoll-  
„kommenung der einheimischen Industrie und entzieht den Staats-  
„kassen eine beträchtliche Einnahme, welche durch anderweitige  
„Steuern ersetzt werden muß.“

„Wäre ein Schutzollsystem das Mittel, den Wohlstand und die  
„Industrie eines Landes zu begründen und zu heben, so müßte  
„Frankreich, das seit langer Zeit schon das Schutzollsystem in  
„allen seinen Zweigen zur Ausführung gebracht und mit mög-  
„lichster Consequenz ununterbrochen vervollständigt hat, in seinen  
„materiellen Zuständen das glücklichste Land seyn und nicht den  
„geringsten Mangel an Arbeitsbeschäftigung aufweisen, die Schweiz  
„aber, die ihrer Industrie und nationalen Arbeit die Wohlthat  
„der Schutzölle gänzlich fern gehalten hat, müßte sich in entgegen-  
„gesetzter Lage befinden. — Der Augenschein zeigt aber in beiden  
„genannten Ländern das Gegentheil.“

Wir sind damit vollkommen einverstanden und wiederholen daher  
nochmals: weg mit dem Schutzoll! — Er dient nur dazu, Einzelne  
auf Kosten die Gesamtheit zu bereichern, durch die Macht des Capi-  
tals an die Stelle des Geburtsadels den jedenfalls doch viel verächt-  
licheren Gelbadel zu setzen, und steht dem, was uns vorzugsweise am  
Herzen liegt, der Einführung einer gerechten Besteuerung, am meisten  
im Wege.

Es ist vorstehend so viel von einer gerechten Besteuerung die  
Rede gewesen, die Nothwendigkeit der Einführung derselben ist so oft,  
so dringend hervorgehoben, daß man berechtigt ist, uns zu fragen: was  
wir denn eigentlich unter einer solchen verstehen? und ob und in wie  
weit wir ihre Anwendung für möglich halten?

Wir wollen versuchen in Kürze unsere Ansichten darüber dar-  
zulegen.

Die Einführung einer gerechten Besteuerung würde bedingen, daß  
sämmliche indirekten Abgaben, sie mögen Namen haben wie sie wollen,  
aufgehoben würden, und an deren Stelle eine einzige direkte Er-  
werb- und Einkommensteuer träte. — Dieselbe müßte basirt seyn  
auf Selbstbesteuerung, überwacht werden durch von allen Betheiligten in-



nerhalb kleiner Steuerbezirke gewählte Vertrauensmänner, und endlich geregelt werden durch eine der ersteren entsprechende Erbschaftssteuer. — Diejenigen, deren Erwerb unter einem zu bestimmenden Minimum bliebe, müßten ganz frei ausgehen; dagegen müßte die Steuer mit dem Einkommen progressiv steigen, selbstverstanden jedoch nicht in gleicher Progression, da ihre Erhebung sonst zur Unmöglichkeit werden könnte. — Es würde uns ein Leichtes seyn, die Ausführbarkeit einer solchen Art der Besteuerung, der einzig gerechten, näher zu begründen; wir verzichten jedoch darauf, da wohl schwerlich die Rede davon seyn kann, sie für jetzt schon in Anwendung bringen zu wollen, wenn schon wir unsererseits kein Unglück darin sähen. — Sucht man sich zu vergegenwärtigen, welche ganz außergewöhnlichen Resultate durch ein solches Steuersystem zu erzielen seyn würden, so begriffe man in der That nicht, warum man es nicht längst schon eingeführt hat, oder doch bemüht ist, es je eher je lieber zur Anwendung zu bringen, wüßte man nicht, daß der Egoismus derjenigen es ist, die bis jetzt allein über die Geschicke der Völker zu entscheiden hatten, — der Hochgestellten, Reichen und Wohlhabenden, — welcher dem entgegensteht. — Das ganze Heer von Beamten und Angestellten, welche jetzt beim Zoll- und Steuerwesen, beim Stempel, bei der Accise und der großen Zahl von anderen indirekten Besteuerungsarten fungiren, würde bis auf einen ganz kleinen Theil — vielleicht von Hundert kaum Einen — der bei Erhebung der direkten Steuer erforderlich wäre, überflüssig und dadurch ein Großes erspart werden.

Dasselbe würde bald auch mit den stehenden Heeren der Fall seyn; denn, wozu sollte man die noch beibehalten, wenn weder nach Innen, noch nach Außen Veranlassung, sie zu verwenden, vorläge.

Die Moralität des Volkes würde in unzuberechnender Weise gehoben werden, wenn eine Unzahl von jetzt vorkommenden Verbrechen und Vergehen unmöglich gemacht wäre und dadurch zugleich auch eine Masse von Justiz- und Polizeibeamten u. entbehrlich würde. — In Folge alles dessen würde der Staatshaushalt sich bald auf die Hälfte, wenn nicht auf noch weniger reduciren und, aller menschlichen Wahrscheinlichkeit nach, Ruhe und Zufriedenheit, Glück und Wohlstand der Völker das sichere Resultat der Anwendung einer so einfachen Maßregel seyn.



Wann dieselbe, eine gerechte Besteuerung, ins Leben treten wird, ist schwer zu bestimmen, kaum aber zu bezweifeln, daß sie es einmal wird und zwar sobald als eine Nation einerseits den Muth haben wird sie zu fordern, und andererseits den Willen sie zu gewähren. Ist sie aber nur erst einmal bei einer Nation eingeführt, so werden unausbleiblich alle anderen Nationen sofort nachfolgen müssen.

Mögen nicht auch die Männer der Linken sich darüber täuschen — nach anderer Seite hin scheint das leider! wir sprechen es aus mit schmerzlichem Bedauern, in hohem Grade der Fall zu seyn — das deutsche Volk wird seine Revolution nicht gemacht haben wollen, nur um andere Männer, andere Namen, andere Formen an die Stelle der früheren gesetzt und sich um die Früchte seiner Siege betrogen zu sehen! Sie, die Männer der Linken sind es, von denen das Volk sein Heil erwartet und zu erwarten berechtigt ist. „Sorgt,“ rufen wir mit Heinrich Simon, „daß der deutschen Nation nicht der Vorwurf treffe, es seyen ihre schlechtesten Söhne, die sie nach Frankfurt „gesendet habe!“

Man mißverstehe uns nicht; wir deuteten oben schon an, wie wir nicht glauben, daß für jetzt schon in Deutschland eine solche Besteuerungsart in ihrer ganzen Ausdehnung zur Anwendung kommen kann. Wir bescheiden uns auch gerne, wenn man vorläufig nur auf deren Anbahnung ernstlich Bedacht nimmt. Das zu thun ist denn aber auch heilige Pflicht eines Jeden, dem das Wohl des Volks am Herzen liegt, und da der Einführung einer gerechten Besteuerung nichts so sehr im Wege steht, als das bisher befolgte Schutzollsystem, so muß dasselbe gestürzt werden, und müssen vorläufig an dessen Stelle solche niedrige Finanzzölle treten, die weder auf Colonialwaaren noch Industrieerzeugnisse prohibitirend einwirken und geeignet sind, das große Ziel, was wir vor Augen haben, die Einführung einer gerechten Besteuerung, näher zu rücken.

Zum Schlusse müssen wir uns noch ausdrücklich gegen die mögliche Annahme verwahren, als wenn wir etwa bei den Vertheidigern der Schutzzölle nur eigennützige Motive voraussetzen möchten. Es ist das keineswegs der Fall; wir wissen vielmehr, daß es unter denselben so höchst achtbare Männer gibt, daß bei ihnen von einem solchen



Verdächte gar die Rede nicht seyn kann. Wir haben es überhaupt nicht mit den Personen, sondern nur mit der Sache zu thun. — Diese zunächst denjenigen warm an's Herz zu legen, die zu deren Entscheidung in den nächsten Tagen mitberufen seyn werden und bei denen wir Sympathien für die von uns entwickelten Ansichten voraussetzen zu dürfen glauben, das war die Aufgabe, die wir uns gestellt und der wir uns, ohne wissentlich irgend Jemanden persönlich zu nahe treten zu wollen, hiermit entlebigt haben.

Frankfurt a. M. den 14. November 1848.





